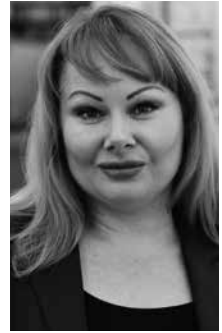


## Verantwortung in Zeiten demokratischer Transformation *Von Isabella Kurkowski (Myanmar)*

Jahrzehntlang herrschte in Myanmar eine Militärdiktatur, in der die Medien nur die Aufgabe hatten, Staatspropaganda zu verbreiten. Der Zensor bevormundete Generationen von Journalist\_innen und entschied, was veröffentlicht wurde und was nicht. Im Zuge der Demokratisierung des Landes liberalisierten die Generäle ab 2011 auch die Medien. Sie schafften die Zensurbehörde ab und erlaubten private Tageszeitungen. Für die Journalist\_innen war diese neue Freiheit mit bis dato ungekannter Verantwortung verbunden. Von heute auf morgen mussten sie selbst redaktionelle Entscheidungen treffen und die Konsequenzen tragen.

Auf dem sich rasch entwickelnden unabhängigen Medienmarkt Myanmars wuchs ab 2012 der Bedarf an Journalist\_innen in redaktioneller Verantwortung. Überdurchschnittlich jung an Berufs- und Lebensjahren<sup>1</sup> war eine große Mehrheit von ihnen nicht auf diese neue Anforderung vorbereitet. Medienethik, als Aspekt journalistischer Professionalität, war unbekannt. Nicht wenige Reporter – darunter viele, die für ehemalige Exilmedien tätig waren – verstanden ihren neuen Auftrag ohnehin eher politisch. Doch gleich ob aus einer Oppositionsgesinnung heraus oder schlicht aus Mangel an Bildung: Journalist\_innen im neuen Myanmar verleumdeten andere und verletzten Persönlichkeitsrechte, indem sie Gerüchte als Fakten berichteten. Sie benutzten – bewusst oder unbewusst – diskriminierende und hasserfüllte Sprache und setzten sich so nicht nur dem Risiko aus, in Konflikt mit Strafgesetzen zu geraten, sondern befeuerten auch religiöse und ethnische Konflikte im Vielvölkerstaat Myanmar.

Inzwischen bietet, mit Unterstützung der DW Akademie und anderer internationaler Partner, das Myanmar Journalism Institute (MJI) Langzeit-Ausbildungsprogramme (Diplom) für Journalist\_innen an, die ethische Probleme der Profession systematisch behandeln. Doch noch reichen die Kapazitäten nicht aus, um allen geschätzt 4000 in Myanmar tätigen Journalist\_innen fundierte und praxisrelevante Ausbildungsangebote zu



*Isabella Kurkowski ist Länderrepräsentantin der „Deutsche Welle Akademie“ in Myanmar. Sie studierte Medien- und Kommunikationswissenschaften und ist auf den Wiederaufbau von Medien in Post-Konflikt-Gesellschaften spezialisiert.*

<sup>1</sup> Die Studie „Change is in the Air“ der dänischen Medienentwicklungsorganisation IMS bezifferte im Jahr 2012 das durchschnittliche Lebensalter myanmarischer Journalist\_innen auf 22 bis 25 Jahre.

machen. Der Bedarf wird derzeit – von Ausnahmen abgesehen – durch internationale Medienentwicklungs-Organisationen zu meist über Kurzzeit-Trainings abgedeckt. Ethik erscheint dabei oftmals als ein Thema von eher geringer Priorität.

Auf der politischen Agenda steht Medienethik seit die Regierung im Herbst 2012 – als Ersatz für die eben geschlossene Zensurbehörde – einen vorläufigen Presserat berief. Zweck dieses staatlich verordneten Organs der Medien-(selbst)-Regulierung war es, nicht nur Konflikte über die Berichterstattung zu schlichten, sondern auch am Entwurf eines neuen Mediengesetzes in Myanmar mitzuwirken. Im Zuge eines langwierigen Diskussionsprozesses, der in einer Revision der Zusammen-

setzung des Gremiums mündete, erhielten schließlich Vertreter von Journalisten-Ver einigungen, Medienbesitzer und Schriftstel ler gegenüber Regierungsvertreter\_innen und anderen „fachfremden“ Delegierten eine Mehrheit der Sitze. Dennoch rief der Prozess

*Der Presserat entwickelte sich zu einem unabhängigen Fürsprecher der Medien und erfuhr als Watchdog hohe Akzeptanz und Anerkennung.*

---

der Bestellung des Presserats sowie die Tatsache, dass es sich zunächst um ein co-regulatives (also seinerseits durch den Staat reguliertes) selbstverpflichtendes Gremium handelte, anfangs viel Kritik hervor. Interessanterweise entfaltete der Presserat aber ein dynamisches „Eigenleben“. Er entwickelte sich zu einem unabhängigen Fürsprecher der Medien und erfuhr bald als einflussreicher Watchdog und Verteidiger der Pressefreiheit hohe Akzeptanz und Anerkennung. Im Mai 2014 etablierten der Presserat und die journalistischen Verbände in Myanmar erstmals einen ethischen Kodex.

Der heutige ständige Presserat konstituierte sich im Oktober 2015 auf der Grundlage des 2014 verabschiedeten Pressegesetzes (News Media Law). Das Gesetz garantiert das Recht von Medien- und Journalistenverbänden eigene Mitglieder in den Presserat zu entsenden. Dasselbe Privileg genießen verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen, Vertreter der Wissenschaften und auch die Regierung, die drei Mitglieder benennen darf. Die Arbeit des Pressrats wird aus dem staatlichen Haushalt finanziert. Dennoch kann die derzeitige Beschwerdekommis sion ihre Tätigkeit frei von staatlichen Einflüssen ausüben. Eine große Mehrheit der lokalen Medien akzeptiert inzwischen die Sprechpraxis des Presserats.

Die DW Akademie<sup>2</sup> unterstützt den vorläufigen Presserat seit Anfang 2014. In Trainings wurde die Beschwerdekommission, die im ersten Jahr ihrer Existenz rund 80 Beschwerden gegen diskriminierende und ethisch inkorrekte Berichterstattung erhielt, auf ihre Aufgabe vorbereitet. Die meisten Beschwerden, die sowohl von Privatpersonen als auch von Politikern eingereicht wurden, bezogen sich auf Verletzungen der Privatsphäre und die Anwendung des Hausfriedensbruch-Paragrafen, der in Myanmar bis heute sehr oft gegen Journalist\_innen und ihre Rechercheaktivitäten ins Feld geführt wird. Seit Beginn seiner Tätigkeit hat der Presserat 226 Beschwerden erhalten. 158 davon konnten außergerichtlich gelöst werden. Zum Vergleich: Der Deutsche Presserat ist seit fast genau 60 Jahren fest etabliert. Er verfügt über ein professionelles Sekretariat und drei Beschwerdeausschüsse, die im Jahr rund 2000 Beschwerden bearbeiten. Hingegen ringt der Presserat in Myanmar noch um funktionierende Strukturen und deren Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung auf der einen und öffentlichem Druck auf der anderen Seite. Ein aktuelles Streitthema ist das Finanzierungsmodell des neuen Gremiums. Während der Deutsche Presserat als eingetragener Verein aus der Trägergemeinschaft sowie gesetzlich garantierten, zweckgebundenen Bundesmitteln finanziert wird, ist Geldgeber des myanmarischen Presserats derzeit allein der Staat. Alle Mitglieder des Beschwerdeausschusses sind ehrenamtlich tätig. Immerhin: Auch hier beschränkt das Mediengesetz ausdrücklich den staatlichen Einfluss.

*Der Presserat in Myanmar ermöglicht eine kostenfreie und beschleunigte Schlichtung von Konflikten zwischen Medien und Zivilgesellschaft.*

---

Wie in Deutschland und anderen Ländern dieser Erde entlastet der Presserat in Myanmar das Justizsystem und ermöglicht eine kostenfreie und beschleunigte Schlichtung von Konflikten zwischen Medien und Zivilgesellschaft. Wird der Presserat noch vor Einreichung einer offiziellen Klage vor Ge-

2 Die DW Akademie ist als Institution im Bereich Medienentwicklungszusammenarbeit seit 2012 in Myanmar aktiv. Die DW Akademie unterstützt in Myanmar den Aufbau einer unabhängigen privaten Journalistenschule, des Myanmar Journalism Institute (MJI), sowie den Transformationsprozess des Staatssenders MRTV zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Seit 2014 steht die DW Akademie auch dem Myanmar Press Council beratend zur Seite und unterstützte entscheidend dessen Etablierung als ständiger Presserat, der auf nationaler Ebene wirkt.

richt angerufen, spart sich – im Idealfall – das Justizsystem aufwändige Gerichtsprozesse. Ohne den Presserat wären beschuldigte Journalist\_innen häufig von Untersuchungshaft bedroht, da ein entwickeltes Zivilrecht in Myanmar noch fehlt.

Als 2014 in Myanmar ein Journalist in Militärgewahrsam unter ungeklärten Umständen ums Leben kam, wäre der Fall ohne den Einfluss des Presserats möglicherweise nie bekannt geworden. Gemeinsam mit der DW Akademie hatte er im selben Jahr Dialoge mit dem Militär zur Veröffentlichung von ungeklärten Fällen geführt, in denen Journalist\_innen auch Opfer bewaffneter Konflikte waren. Ähnliches galt für den Fall von fünf Journalisten des Magazins „Unity“, die für Verleumdung des Militärs zu zehn Jahren Haft mit Arbeitslager verurteilt wurden – ein Beispiel, das nicht nur aufzeigt, wie konservative Juristen anachronistische Gesetze gegen Journalist\_innen missbrauchen, sondern auch dass die Justiz konkurrierende Rechtsgüter wie nationale Sicherheit und öffentliches Informationsinteresse höchst unterschiedlich gewichtet. Eine Abwägung im Einzelfall – wie etwa in der deutschen Rechtstradition üblich – findet bisher nicht statt. Im Fall der „Unity“-Journalisten schritt der

*Journalist\_innen können nicht ungehindert über die gewaltsamen ethnischen Konflikte in Myanmar berichten, die täglich passieren.*

---

Presserat deshalb direkt ein und erwirkte beim damaligen Staatspräsidenten U Thein Sein ein Gnadendekret, was die Haftstrafen der fünf Journalisten erheblich minderte. Durch seine Schlichtungstätigkeit nimmt der Presserat indirekt Einfluss auf Gesetzgebung

in Myanmar. Aber das Gremium ist – vor dem Hintergrund des enormen Reformbedarfs im Bereich der Medienlegislative – als Experte auch direkt in die Gestaltung von Gesetzen involviert. Der Presserat ist ein ständiges Mitglied der von der Unesco und der myanmarischen Regierung geführten Sektorarbeitsgruppe zur Medienentwicklung und Geberkoordinierung in Myanmar<sup>3</sup>. Auf diese Weise wirkt er etwa bei der Ausarbeitung der Entwürfe und Verordnungen zu neuen Mediengesetzen mit. Gewaltsame ethnische Konflikte sind in Myanmar, das Heimat für 135 anerkannte Volksgruppen ist, noch immer an der Tagesordnung. Meist können Journalist\_innen nicht ungehindert über solche Krisen berichten. Ein geregelter Zugang zu den Kampfgebieten ist – selbst wenn die Armee sie kontrolliert – faktisch nicht möglich. Reporter\_innen vor Ort laufen zudem Gefahr, als Spione

3 Media Development Thematic Working Group (MDTWG).

der jeweils anderen Seite verdächtigt zu werden. Auch hier ist der Presserat in Myanmar vorbeugend engagiert und organisiert Trainings, etwa zu konfliktsensitiver Berichterstattung für Journalist\_innen, Trainings für Pressesprecher von Ministerien sowie für Militärangehörige im Umgang mit Journalist\_innen in bewaffneten Konfliktsituationen.

Eine Herausforderung für die nächste Zukunft wird die Arbeit des Presserats für ein gesetzlich verankertes Recht auf Information sein. Besondere Aufmerksamkeit verlangt auch die Anpassung ethischer Standards an das Internetzeitalter. Bis zur Öffnung Myanmars war der Internetzugang ebenso streng reglementiert wie die Verfügbarkeit von SIM-Karten zur Mobilfunknutzung. Seit dem Marktzutritt privater Mobilfunkanbieter im Jahr 2014 ist die Zahl der Internetnutzer jedoch explodiert. „Facebook“ wurde zu einer Hauptquelle für Informationen, jedoch auch für politische Propaganda und Hasssprache. Das im Sommer 2015 verabschiedete Rundfunkgesetz klammert digitale Medien vollständig aus – eine Lücke, bei deren Schließung dem Presserat eine wichtige Rolle zukommen wird. Seine Zuständigkeit für Verstöße gegen ethische Prinzipien in digitalen Medien hat das Gremium bereits öffentlich erklärt. Aufgrund der besonderen Ausgangslage, in der Myanmar sich als junge Demokratie befindet, sind dem Presserat weit mehr Aufgaben zugefallen als vergleichbaren Institutionen in anderen Ländern. Er leistet nichts weniger als einen Beitrag zum Friedensprozess, dessen Unterstützung durch die Medien die neue Regierung unter Aung San Suu Kyi als politische Priorität betrachtet und das Land vermutlich noch über Jahrzehnte beschäftigen wird. Die Bedeutung der öffentlichen Kommunikation<sup>4</sup> für Frieden und Versöhnung kann deshalb gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gelingen kann sie nur, wenn auch Medien nach ethischen Grundsätzen handeln.

## Literatur

*International Media Support (2012): An assessment of media development challenges and opportunities in Myanmar: Change is in the air. Kopenhagen. <https://www.mediasupport.org/wp-content/uploads/2012/11/ims-change-myanmar-2012.pdf> (zuletzt aufgerufen am 23.11.2016).*

<sup>4</sup> Mit dem Aufbau einer Rundfunkregulierungsbehörde werden zukünftig neue Rundfunklizenzen vergeben, die zu einer pluralistischen Medienlandschaft beitragen und auch erstmals Community Medien zulassen werden.